

Malsfeld



konkret

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Malsfeld 2/1985

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Veröffentlichungen der DKP Malsfeld über die Kläranlagenfinanzierung haben für einigen Wirbel gesorgt. Nahezu alle Bürger, die mit uns darüber in's Gespräch kamen, waren sich einig: "Das ist eine riesengroße Sauerei." Und meist schloß sich die Frage an: "Was kann man dagegen tun?"

SPD, CDU und FDP haben in dieser Frage eine "große Koalition" gebildet. Einstimmig wurde im Interesse zweier Großbetriebe gegen die Bürger entschieden!

Diese Entscheidung kann aber rückgängig gemacht werden!

Einen wichtigen Beitrag können Sie selbst in wenigen Wochen leisten. Geben Sie bei der Kommunalwahl am 10. März Ihre Stimme der DKP!

Die DKP in der Malsfelder Gemeindevertretung, das heißt:

- das Thema "Kläranlagenfinanzierung" wird nicht "sang- und klanglos vergessen!" Immer wieder werden wir anhand der vorliegenden Fakten die Rücknahme der Belastungen fordern!
- die Mausechlei über die Köpfe der Bevölkerung hinweg hätte ein Ende!
WIR WÜRDEN DAS RATHAUS GLÄSERN MACHEN - DAMIT MAN DRAUSSEN SIEHT, WAS DRINNEN VORGEHT!

Jede Stimme für die DKP ist eine Stimme gegen den Kläranlagenbeitrag!

Jede Stimme für die DKP ist eine Stimme gegen die Wasserpreiserhöhung!

Jede Stimme für die DKP ist die deutlichste Aufforderung an SPD, CDU und FDP:

G E R E C H T E F I N A N Z I E R U N G D E R K L Ä R A N L A G E !

Dies, da sind wir sicher, ist die Forderung der Einwohnermehrheit der Gemeinde Malsfeld. Wenn das deutlich gemacht wird, können die "großen Parteien" an einer gerechten Lösung nicht vorbei!

Die DKP Malsfeld wird mit ihrer ganzen Kraft in diese Richtung wirken! Das ist unser "Wahlversprechen", und wir halten unsere Versprechen!

I N H A L T : Kläranlagenbeitrag (kein) Millionenschwindel?
Manöver unerwünscht
Knobeleck
Kommentar
u. v. a. m.

Kläranlagenbeitrag (Kein)

Millionenschwindel ?

Nach den Enthüllungen in unserer letzten Ausgabe sahen sich die "großen Parteien" gezwungen, auf Rückfragen ihrer Parteifreunde und der Bürger zu reagieren. Wie nicht anders zu erwarten war, wird versucht, die Aussagen der DKP als "unrichtig" oder "Milchmädchenrechnung" abzutun. Doch die Tatsachen werden sich nicht vertuschen lassen!

Im folgenden wollen wir stellvertretend auf die Argumente von Bürgermeister Stöhr eingehen, die er auf der öffentlichen Versammlung der DKP am 22.01. vortrug.

Erstes Argument

"Das Abwasser der Betriebe ist nicht so stark verschmutzt wie die DKP behauptet." Lt. Herrn Stöhr habe die Brauerei "Gutachten" vorgelegt, nach dem die Verschmutzung "viel geringer" sei.

Die Frage nach genauen Werten konnte er jedoch nicht beantworten. Die Gemeinde gehe von einer den Hausabwässern entsprechenden Verschmutzung aus.

Wir wollten wissen, warum die Gemeinde den Verschmutzungsgrad der Betriebsabwässer nicht selbst gemessen hat bzw. messen ließ.

Dazu meinte der Bürgermeister, dies sei gar nicht möglich, da die Betreiber der Brauerei nicht wissen, wo ihre Abwässer abfließen!! Messungen könnten daher nicht vorgenommen werden!

Den Wert des vorgelegten "Gutachtens" beurteilen Sie bitte anhand dieser Aussagen selbst, lieber Leser!

Nach Informationen der DKP hat das Wasserwirtschaftsamt Kassel bei verschiedenen stichprobenartigen Messungen bei beiden Betrieben eine erhebliche Überschreitung der zulässigen Verschmutzungswerte festgestellt!

(Auf den Gesichtspunkt der Umweltverschmutzung wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen).

Zweites Argument

"Die von der DKP errechneten Anteile der Betriebe stimmen nicht! Die DKP hat eine 'Milchmädchenrechnung' aufgestellt."

Wir haben diese Anteile nach den (bundes-) durchschnittlichen Verschmutzungswerten von Brauereiabwässern errechnet. Nun behauptet der Bürgermeister, daß diese Abwässer gar nicht so schmutzig sind und folglich ihr Anteil geringer sei.

Auf Rückfrage muß er allerdings eingestehen, daß die Kläranlage auf 10.000 Einwohner ausgelegt ist (Einwohnergleichwerte). Malsfeld hat zur Zeit knapp 4.300 Einwohner, d. h. es wäre eine Anlage von ca. 5.000 bis 6.000 EGW (Einwohnergleichwerte) erforderlich.

Legt man diese Werte zugrunde, sieht die Rechnung etwa so aus:

	EGW	Kläranlagenbeitrag
Bürger	4.300	1.400.000
Betriebe	ca. 4.000	120.000
Überkapazität	1.700	-
	10.000	

Und das soll als gerechte Finanzierung "verkauft" werden?

Ein weiteres Problem könnte auf die Bürger zukommen:

Stellt sich nämlich nachträglich heraus, daß die Betriebsabwässer doch stärker verschmutzt sind als behauptet, ist die Kläranlage zu klein und müßte erweitert werden. Wer zahlt dann wohl die Zeche?

Drittes Argument

"Die Betriebe zahlen ihren Beitrag durch den Wasserpreis, da sie mehr Abwässer einleiten als ein 'Normalbürger'."

Nanu, bekommen Sie Ihr Abwasser etwa umsonst geklärt?

Aber - Spaß beiseite - dieses Argument ist wirklich unsinnig.

Brauerei und Quelle werden jährlich etwa 40.000 m³ Abwasser einleiten, d. h. zusammen ca. 120.000 DM Abwassergebühren zahlen.

Die über 2 Millionen DM Baukosten, die sie verursachen, sollen von der Gemeinde und damit vom Bürger gezahlt werden!

Im Klartext:

Die gesamten Abwassergebühren der Betriebe decken noch nicht einmal die Zinsen, die die Bürger für diese 2 Millionen DM aufbringen müssen!
(2 Millionen DM x 8 % Zinsen sind jährlich 160.000 DM)!

Und wer zahlt die laufenden Kosten?

Letztes Argument

"Die Rechnung der DKP ist deswegen unsinnig, weil die 4,25 Millionen DM für die Kläranlage nur ein Teil der Gesamtkosten von über 15 Millionen DM sind."

Dazu folgende Anmerkungen:

1. Auch die Kanalanschlußbeiträge der Betriebe decken nicht die von ihnen verursachten Kosten für die Hauptsammler, z. B.:

Brauerei

Kosten Hauptsammler 150.000 DM
Kanalanschlußbeitrag 60.000 DM

2. Die Gelder, die die Bürger der Gemeinde Malsfeld nicht durch Anschlußbeiträge oder Wassergeld aufbringen, zahlen sie über ihre Steuern!
Auch die in die Kläranlage einfließenden Landeszuschüsse werden überwiegend von den Bürgern aufgebracht (über 90 %).
Der Steueranteil der beiden Betriebe ist im Verhältnis dazu verschwindend gering.

Es ist also nur gerecht, wenn die von uns geforderte Mehrbelastung der Betriebe den Bürgern direkt zugute kommt!!!

Liebe Leserin, lieber Leser! Vielleicht wird Ihnen von SPD, CDU oder FDP noch das eine oder andere "Argument" entgegengehalten.

Tatsachen können jedoch nicht durch Zahlenakrobatik aus der Welt geschaffen werden!

Die Betriebe verursachen Kosten in Millionenhöhe und zahlen nur einen Bruchteil der Kosten.
Den Rest zahlt, ob direkt oder indirekt, der Bürger.



Wenn Sie demnächst die Wahlauftrufe der verschiedenen Parteien in Ihrem Briefkasten finden, fragen Sie sich bitte, wessen Interessen diese Parteien eigentlich vertreten.
Messen Sie Ihre Entscheidung bei der Kommunalwahl daran!

Die Forderung der DKP lautet unmißverständlich:

- Die Betriebe sind entsprechend der Schmutzfracht ihrer Abwässer an den Baukosten der Kläranlage zu beteiligen!
- Kein Kläranlagenbeitrag von den Normalhaushalten!
- Keine Erhöhung des Wasserpreises!

Wenn Gemeindevorstand und Bürgermeister...

Wenn Gemeindevorstand und Bürgermeister, SPD, CDU und FDP die Kläranlagenfinanzierung für gerecht halten, sollen sie dies auf einer Bürgerversammlung vertreten!

Wir sind zu einer offenen und fairen Auseinandersetzung bereit!

Die Bürger der Gemeinde Malsfeld haben ein Recht auf die offene Darlegung aller Fakten!

Haben die verantwortlichen Herren nicht den Mut dazu?

MALSFELD HAT DIE NASE VORN...

In der letzten "Malsfeld Konkret" haben wir den Malsfelder Wasserpreis mit Großstädten verglichen.

Dazu Herr Stöhr: "Das kann man doch gar nicht vergleichen! Fragt doch mal bei kleinen Orten nach!"

Haben wir gemacht, hier das Ergebnis:

	<u>Abwasser</u>	<u>Wasser</u>
Malsfeld	2,65	1,70
ab 01.01.86 geplant	(3,25)	
Spangenberg	1,50	1,45
Waldkappel	1,85	1,85
Alheim	1,20	1,35
Morschen	2,20	1,80
Körle	1,20	1,60
Melsungen	2,15	1,60
Rotenburg	2,30	1,80

(Wasserpreise + 7 % Mehrwertsteuer)

Übrigens: Alle Orte, außer Malsfeld, haben schon eine Kläranlage!

DKP-Kandidatur gesichert

Nach dem hessischen Kommunalwahlgesetz war die DKP verpflichtet, 46 Unterschriften von wahlberechtigten Malsfelder Bürgern vorzulegen, um überhaupt kandidieren zu können.

Vorzeitig wurden von uns mehr als die erforderlichen Unterschriften vorgelegt!

Ein herzliches Dankeschön an alle Bürger, die durch ihre Unterschrift mitgeholfen haben, daß sich in der Gemeinde Malsfeld erstmals eine Partei zur Wahl stellt, die konsequent Arbeitnehmerinteressen vertritt.



KNOBELECKE

Ab 01. Januar 1986 plant die Gemeinde Malsfeld eine erneute Erhöhung des Abwasserpreises auf 3,25 DM.

Um wieviel Prozent hat sich dann der Abwasserpreis seit 1980 erhöht?

Bitte kreuzen Sie die Ihrer Meinung nach richtige Lösung an:

- 20 %
 100 %
 über 500 %

Auflösung in der nächsten "Malsfeld konkret."

Unbestechlich, konsequent DKP ins Parlament



Liebe Leserin,
lieber Leser,

Sie werden sich sicherlich gewundert haben, daß ich nicht wie gewohnt im Wappen sitze.

Was soll ich sagen, ich bin gewissermaßen "Heimatvertriebener."

Die Malsfelder Gemeindeverwaltung hat der DKP unter Strafandrohung verboten, mich in meinem Wappen abzudrucken.

Doch die DKP kümmert sich um mich

Sie hat versprochen, mir per Antrag mein Zuhause wieder zu verschaffen.

Ich hoffe also, daß ich Sie in der nächsten "Malsfeld konkret" wieder von gewohnter Stelle begrüßen kann.

Ihr Gemeindelöwe
(heimatvertrieben)

Lügen haben ...

Die „FHZ“: **Es geht aufwärts**

Auch auf dem Arbeitsmarkt mehrten sich seit dem Spätsommer 1984 die Zeichen für eine allmähliche Besserung. Erstmals

Die Wahrheit:

Höchste Arbeitslosigkeit seit 1948 !!

Die „FHZ“: **Nun signalisiert der Minister der CDU die Gewährung von Zuschüssen für Malsfeld,**

Die Wahrheit:

Die Gewährung der Zuschüsse hat mit dem „Antrag“ der CDU nicht das geringste zu tun !!

Die „FHZ“: **Sie sehen also: Dies ist wieder ein Grund mehr, am 10. März die CDU zu wählen!**

Die Wahrheit:

Dies sind 2 Gründe mehr, am 10. März DKP zu wählen !!!

Impressum:

VERANTWORTLICH:
DKP Wohngebietsgruppe
Malsfeld, Manfred Nöding
Sandweg 9, Malsfeld



Wir zahlen die Zeche

- **Arbeitslosenzahlen auf dem höchsten Stand seit 1948**
- **2,6 Millionen ohne Stelle-10,6% ohne Arbeit**
- **30 Arbeitslose auf eine offene Stelle**
- **934 000 Arbeitslose ohne Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe**

2,6 Millionen ohne Arbeit – das ist eine traurige Bilanz. Wenn 2,6 Millionen Menschen keine Arbeit haben, dann sind in Wirklichkeit mindestens 3 mal so viele betroffen. Die Familien der Arbeitslosen, die Ehepartner und die Kinder sind die Leidtragenden.

Selbst wer heute noch Arbeit hat, kann schon morgen arbeitslos sein, denn die Unternehmer haben in großem Stil begonnen zu rationalisieren. Mit immer weniger Beschäftigten machen sie immer größere Profite.

Die CDU-Regierung in Bonn trägt die volle Verantwortung für diese Entwicklung.

Sie hat den Unternehmern immer größere Hilfen gewährt. Den Arbeitern gegenüber wurden die Finanzspritzen und Investitions-hilfen als notwendige Voraussetzung für den Erhalt der Arbeitsplätze ausgegeben. Jetzt kann man allerdings feststellen, daß die Unternehmer mit dem Geld nicht Arbeitsplätze geschaffen, sondern weitere Rationalisierungen durchgeführt haben. Nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze sind das Ergebnis dieser Politik.

Angesichts dieser Tatsache ist es geradezu unverschämt, was die CDU-Prominenz, was Kohl, Blüm und andere Abend für Abend im Fernsehen veranstalten.



Sie verbreiten Zweckoptimismus und reden vom Aufschwung. Ja, es gibt einen Aufschwung, aber nicht für die Arbeiter und Angestellten und ihre Familien, sondern nur für die Unternehmer und ihre Gewinne.

CDU/CSU und FDP tragen die volle Verantwortung für die heutige katastrophale Entwicklung. Kohls „Wendepolitik“ führt zu immer größerer Armut für Millionen Menschen. Diesen von Flick bestochenen Politikern darf man bei den Wahlen keine Stimme geben.

Ob Kohl oder Wallmann, beide dienen dem Großkapital. Sie sind nicht wählbar für Arbeiter und Angestellte.

Wer den Unternehmern und der CDU zeigen will, daß sie nicht machen können, was sie wollen, der sollte der DKP die Stimme geben.

Jede Stimme für die DKP ist ein

entschiedener Protest gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Die DKP fordert, wie der DGB, wie die Gewerkschaften, ein 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm.

Dieses Programm kann finanziert werden aus den hohen Gewinnen der Unternehmer und vor allem aus dem wahnsinnig hohen Rüstungsetat.

Hier liegen Milliardenbeträge bereit, die sofort zur Lösung der sozialen Fragen eingesetzt werden könnten.

Die DKP fordert alle Mitbürger auf: Protestieren Sie am 10. März mit Ihrer Stimme gegen die Parteien des Großkapitals, protestieren Sie gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau. Wählen Sie DKP – das ist die richtige Quittung für eine Politik, die 2,6 Millionen Arbeitslose geschaffen hat.

Unbestechlich – konsequent – DKP ins Parlament!

Für ein Tornado 800 Sozialwohnungen und 1080 Arbeitsplätze für Bauarbeiter

Die Bauausgaben der hessischen Städte und Gemeinden waren im 1. Halbjahr 1984 um 36 Prozent niedriger als 1981. Damit leisten auch die Kommunen einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitslosigkeit und bauen zugleich Leistungen für die Bürger ab. Stellensperren und Stellenabbau in den kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen tun ihr übriges.

Die DKP fordert – übrigens übereinstimmend mit den Gewerkschaften – kommunale Investitionsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Leistungen für die Bürger. Und da gibt es viel zu investieren: im sozialen Wohnungsbau, im öffentlichen Nahverkehr, beim Umweltschutz, im Gesundheitswesen, in sozialen Bereichen und, und, und. . .

Wer das alles für unrealistisch hält, sollte sich nur mal vor Augen halten, daß man mit den 87 Millionen DM, die 1 Tornado-Kampfflugzeug kostet, auch 800 Sozialwohnungen bauen kann, wodurch 1 080 Bauarbeiter einen Arbeitsplatz hätten.

Es liegt also an der Politik, ob Arbeitsplätze geschaffen werden oder nicht. Gebt den Rüstungspolitikern und Arbeitsplatzvernichtern die Quittung. Wählt am 10. März DKP.

Wer will schon bestreiten, daß die Arbeitslosigkeit das drängendste soziale Problem unserer Zeit ist. „Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit“, steht im Artikel 28 der Hessischen Verfassung. Doch in Wirklichkeit wird dieses Menschenrecht mit Füßen getreten. 165 000 Arbeiter und Angestellte sind derzeit in Hessen ohne

Arbeit – in Kassel etwa ist jede vierte Familie davon betroffen. Der DGB befürchtet, daß sich die Arbeitslosigkeit bis 1990 verdoppelt – wenn nichts wirksames dagegen unternommen wird.

In der langjährigen gemeindefeindlichen Politik aller Bundesregierungen sowie der hessischen Landesregierung liegt eine wesentliche Ursache der Arbeitslosigkeit. Die Verarmung unserer Städte und Gemeinden, die der größte Auftraggeber etwa der Bauindustrie sind, hat zu einem drastischen Rückgang der öffentlichen Investitionen geführt. Der soziale Wohnungsbau ist nahezu erlegen, der Bau kommunaler Einrichtungen im Gesundheits- und Schulwesen, für Freizeit und Jugendpflege, für ältere Mitbürger und Kinder und in vielen anderen Bereichen geht ständig zurück.

Arbeitszeitverkürzung nutzt der Rentenkasse

Hochrüstung, Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit haben das Milliardenloch in der Rentenkasse verursacht, das nun mit Beitragserhöhungen von den Arbeitenden gestopft werden soll. Unternehmer, die durch Rationalisierung und Kapitalflucht ins Ausland Arbeitsplätze vernichten und glänzende Gewinne erwirtschaften, werden dagegen von der Kohl-Regierung noch subventioniert.

Was wir aber brauchen, sind neue Arbeitsplätze statt Beitragserhöhungen. Wenn die 38,5-Stunden-Woche in den Betrieben so umgesetzt wird, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, dann kommt es zu Neueinstellungen, dann geht die Arbeitslosigkeit zurück, dann steigen die Einnahmen der Rentenversicherung.

Das muß zu einer Voraussetzung bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im Betrieb werden. Logisch, daß dann jede Flexibilisierung der Arbeitszeitverkürzung verhindert werden muß, weil dabei keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Weg mit den Raketen!
Mehr Geld den Städten und Gemeinden!
Profite runter
Rüstung runter!

DKP

aktiv für die arbeitende Bevölkerung!

MANÖVER UNERWÜNSCHT

Die Bedrohung für die Bevölkerung in vielerlei Hinsicht war schon vor dem Manöver durch zahlreiche Proteste abzusehen.

"Als nicht zu verantworten" verurteilte der Landrat des Vogelsbergkreises, Jochen Zwecker (SPD) das Manöver. Auch der Magistrat der mittelhessischen Stadt Grünberg fordert vom hessischen Innenminister mit allem Nachdruck Schritte, um die befürchteten Manöverschäden aufzuhalten.

Der Bürgermeister von Büdingen, Bauner (CDU) stellte fest, daß "die Amerikaner offenbar Deutschland mit Texas verwechseln."

Der Landrat unseres Kreises, Hasheider, sprach sich ebenfalls gegen Manöver aus.

IN HESSEN WURDE DER KRIEG GEPROBT

Doch das Manöver "Central Guardian" fand statt. 66.000 Soldaten, 15.200 Rad- und 6.100 Kettenfahrzeuge sowie 650 Hubschrauber probten den Ernstfall. Zu einer Zeit, in der der in Genfer Gespräche zwischen den Außenministern der UdSSR und USA stattgefunden haben, um neue Abrüstungsverhandlungen in Gang zu bringen, war dieses Manöver eine zusätzliche Provokation. Es wäre eine Geste der Vernunft gewesen und hätte günstigere Voraussetzungen für den Beginn von Verhandlungen geschaffen, hätte dieses Manöver nicht stattgefunden.

AIR-LAND-BATTLE HEISST ANGRIFF

Erstmals wurde nach dem neuen Konzept geprobt, welches den frühzeitigen Einsatz sowohl konventioneller als auch atomarer Waffen vorsieht. Bestätigt wurde diese Angriffsstrategie mit dankenswerter Offenheit durch US-General Rogers: "Air-Land-Battle enthält den Präventiv (= vorbeugenden) Angriff", "den massiven Angriff mit Bodentruppen über die Grenze." (Dieses Konzept sieht aber nicht nur den Einsatz von Bodentruppen vor, sondern auch den atomaren ERSTschlag). Das verdeutlicht, daß das amerikanische Erstschlagskonzept Hessen als Ausgangspunkt des nächsten (und letzten!) Krieges geplant hat.

Niemand soll sich täuschen! Einen wirklichen Einsatz aller Kriegsmittel würde niemand überleben!

SICHERHEIT KANN ES NUR DURCH FRIEDEN UND ABRÜSTUNG GEBEN!

TÄGLICH UNFÄLLE UND PANNEN

Zu einer Zeit, in der die Stadt Melsungen ihren Bediensteten Dienstreisen mit PKWs untersagte, vielerorts der private PKW-Verkehr wegen des Smogs gar ganz verboten wurde, verpesteten amerikanische Militärfahrzeuge unvermindert die Luft, die schon in unserer Region kaum zum Atmen reichte.

Unbeleuchtete Militärfahrzeuge auf nächtlichen Straßen waren keine Seltenheit.

Unzählige Unfälle mit mindestens 4 Toten wies die Schreckensbilanz am Ende des Manövers aus.

Lärmbelästigung, Umweltschäden in Millionenhöhe, besonders betroffen viele Bauern, deren Landwirtschaft schwere Schäden zugefügt wurden.....

Die DKP fordert:

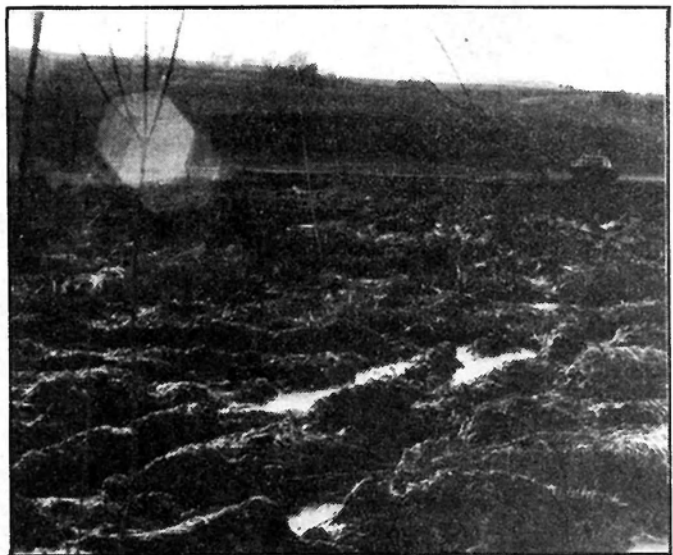
SCHLUSS MIT DEN KRIEGSÜBUNGEN!

WEG MIT DEN RAKETEN!

KEINE MILITARISIERUNG DES WELTALLS!

FÜR FRIEDEN DURCH ABRÜSTUNG!

Von der hessischen Landesregierung fordern wir, alles zu unternehmen, um die Militarisierung Hessens zu stoppen.



Manöverschäden in Malsfeld

(Das war mal eine Wiese !!!)

Schorsche kommentiert:



Liebe Malsfelder,

wer dieser Tage in den Tageszeitungen stöbert, kann die Früchte des "Aufschwungs", den unser Bundeskanzler seit der Wende in "diesem unseren Lande" ausdauernd verkündet, deutlich erkennen.

Immerhin, diesen Aufschwung hat die wackere Regierungsmannschaft unter großen finanziellen Entbehrungen erkämpft. Wenn nicht Herr Flick hier und da eingesprungen wäre und den Abgeordneten mit ein paar Mark über die schlimmsten Zeiten geholfen hätte, wer weiß...

Es gab Unions-Abgeordnete, die haben ihr Leben für den "Aufschwung" eingesetzt! Hier sei Norbert Blüm hervorgehoben. ("Höhere Renten gibt es nur über meine Leiche" hat er gesagt)!

Der Aufschwung, das heißt: 2,6 Millionen Menschen (Gewerkschaften sprechen von über 4 Millionen) werden um ihre Arbeit betrogen! Die Arbeiter, Angestellten, Landwirte und Rentner werden um die Früchte ihrer Arbeit gebracht, und wenige hundert Multimillionäre kassieren! Alles läuft wie g e s c h m i e r t !

Früher mußten die arbeitenden Menschen Kohl essen, weil man ihnen das Fleisch vorenthielt.

Heute setzt man ihnen Kohl vor, um ihnen das Fleisch wieder wegzunehmen!

Höchste Zahl seit 1948

Über 2,6 Millionen ohne Arbeit

343,7 Mio. DM

**Shell-Gewinn
verdreifacht**

Nixdorf Computer

**In vier Jahren
Umsatz verdoppelt**

Enka setzt auf Polyesterfaser

**Steiler Gewinnanstieg
nach Abbau in Werken**

Kaufhof AG

**Mit weniger Mitarbeitern
gesteigerter Umsatz**

Daimler-Benz AG 1983

**Überschuß stieg auf
knapp eine Milliarde**

Jahresüberschuß stieg um 44 Prozent

**BMW gibt weiter Gas:
1983 das beste Jahr**

Siemens AG 1984

Über 1 Mrd. DM Gewinn

Wegmann Kassel

Kräftiger Umsatz- und Gewinnanstieg

(alle Ausschnitte aus der HNA)